

# Rathaus- Korrespondenz

gegründet 1861

Dienstag, 14. Dezember 1971

Blatt 3637



Sicherung der Vollbeschäftigung  
=====

5. Tag der Budgetdebatte, 1. Referat

Wien, 14.12. (RK) Verwaltungsgruppe VIII, **Tiefbau**

Referent: Stadtrat Kurt Heller (SPÖ).

Einnahmen 1.018,072.500 Schilling, Ausgaben: 2.183,091.200

Schilling.

Die Ausgaben für seine Geschäftsgruppe garantierten nicht nur die Aufrechterhaltung der Vollbeschäftigung im Tiefbau, sondern trügen auch maßgeblich zum gewaltigen Fortschritt in der Entwicklung Wiens bei, erklärte Tiefbaustadtrat Kurt Heller. Freilich seien gerade die für die Stadtentwicklung bedeutsamen Projekte nicht im Voranschlag seiner Geschäftsgruppe enthalten: Der U-Bahnbau, das große Hochwasserschutzprojekt und nicht zuletzt die Aufschließung großer Betriebsgebiete. Rechne man diese in der Finanzverwaltung budgetierten Beträge hinzu, so stünden dem Tiefbau im kommenden Jahr rund 3.430 Millionen Schilling zur Verfügung. Heller warnte sodann vor der Entwicklung der Baupreise, die - freilich nur theoretisch - zwischen Oktober 1970 und Oktober 1971 laut Baukostenindex um 6,6 Prozent gestiegen seien.

Für den U-Bahnbau werde 1972 erstmals mehr als eine Milliarde Schilling aufgewendet. Einschließlich des heurigen Jahres seien bisher für die U-Bahn rund 1,4 Milliarden Schilling ausgegeben worden. Die Arbeiten gingen nun mit "voller

./.

Fahrt" voran. 1972 werde mit dem Abschnitt zwischen Stock im Eisen-Platz und Nestroyplatz die sicherlich schwierigste Strecke für die Wiener U-Bahn in Angriff genommen. Es müsse nicht nur eine Schwimmsandlinse vom "Maulwurf" durchfahren, sondern dabei auch besondere Rücksicht auf die Widerlager der Schwedenbrücke genommen werden. Man habe in Wien absolut wissenschaftliches Neuland mit dem Versuch betreten, diesen Schwimmsand mit Hilfe von Injektionen zu verfestigen. Auf einem bloß etwa acht Quadratmeter großen Versuchsfeld habe man in eine Tiefe von acht bis vierzehn Meter nicht weniger als 16.000 Liter Kunstharz injiziert. Trotzdem habe es sich gezeigt, daß eine Verfestigung mit Sicherheit nicht möglich sei. Derzeit laufe noch ein weiterer Versuch mit isotopenmarkiertem Wasser. Ebenso wie dieses Experiment der Sicherheit diene, so würden die U-Bahnbauer der Sicherheit von St. Stephan vor dem U-Bahnbau den absoluten Vorrang einräumen. Alle Fachleute hätten zugestimmt, daß die Vorhaben der Stadtverwaltung für den Dom keine Gefährdung bedeuteten. Heller erwähnte noch, daß die Vorarbeiten für den U-Bahnbau im ersten Bezirk heuer termingemäß abgeschlossen werden konnten und daß die Vorarbeiten in den äußeren Bezirken weit weniger schwierig und daher mit weniger Belästigung für die Bevölkerung verbunden sein würden.

Das zweite Projekt säkularer Bedeutung, die Verbesserung des Hochwasserschutzes für Wien, trete im kommenden Jahr ebenfalls in seine entscheidende Phase. Es werde mit dem Baulos 1 zur Schaffung des Entlastungsgerinnes sowie der 20 Kilometer langen hochwasserfreien Donauinsel begonnen. Für den Hochwasserschutz stünden 1972 insgesamt 340 Millionen Schilling zur Verfügung. Mit diesen Mitteln werde auch der Bau des neuen linken Donausammelkanals fortgeführt. In diesem Zusammenhang erwähnte der Tiefbaustadtrat den Wasserwirtschaftsfonds, dessen derzeit geltende Richtlinien bei der Vergabe seiner Mittel ausgesprochen großstadtfeindlich seien. Er werde sich jedenfalls für eine Änderung dieser

Bestimmung einsetzen. Was den Kanalbau schließlich an-  
 lange, so müsse er den Gemeinderat aufmerksam machen,  
 daß der bestehende Sammelkanal am rechten Donaukanal  
 bereits derart überlastet sei, daß der Bau eines Ent-  
 lastungskanales notwendig werde. Es sei dies sicherlich  
 nicht nur ein schwieriges Projekt in finanzieller, sondern  
 ebenso in technischer Hinsicht. Außerdem regte Heller  
 einen einzigen, gemeinsamen Tarif für die Lieferung des  
 Trinkwassers und die Beseitigung der Abwässer an. Dadurch  
 könnte die Abrechnung wesentlich vereinfacht werden. Heller  
 machte den Gemeinderat aufmerksam, daß wie beim Kanalbau  
 auch bei den Wasserwerken die Schere zwischen Einnahmen  
 und Ausgaben immer größer würde. Im kommenden Jahr werde  
 man an die Realisierung der III. Fernwasserleitung für  
 Wien schreiten.

Ausführlich beschäftigte sich Heller mit dem Bundes-  
 straßenbau. Zwar sei durch das Bundesstraßengesetz 1971 ein  
 erheblicher Teil der Wiener Wünsche erfüllt und das Bundes-  
 straßennetz auf mehr als das Vierfache vergrößert worden.  
 Was aber die Finanzierung für 1972 angehe, so sei es der-  
 zeit gar nicht rosig bestellt. Der Bund habe für das kom-  
 mende Jahr mit 340 Millionen Schilling weniger als Jahres-  
 baurate vorgesehen als für heuer. Die Wiener Wünsche lägen  
 bei 539 Millionen Schilling, das "Existenzminimum" mache  
 392 Millionen aus. Er hoffe freilich, daß sich hier noch  
 eine Änderung ergeben werde. Heller berichtete dem Ge-  
 meinderat überdies, daß ein kleiner Teil der für heuer  
 vorgesehenen Autobahnmittel deshalb nicht verbraucht wer-  
 den konnte, weil man eine Projektsänderung des Landstraßer  
 Knotens - des Verbindungsstückes zwischen der Süd- und  
 Nordostautobahn sowie mit der späteren Gürtelautobahn -  
 vorgenommen habe. Der Knoten Landstraße könne nun an  
 die Ostseite des St. Marxer Friedhofes situiert werden.  
 Damit werde für dieses Kulturdenkmal von europäischem  
 Rang ein besserer Schutz als zuvor und für die Be-  
 wohner zahlreicher neuerer Häuser am Gürtel ebenfalls  
 ein größerer Schutz möglich sein. Was das städtische

Straßenbaubudget anlange, so seien für 1972 für den Straßenbau samt allem "Zubehör" an Investitions- und Erhaltungsmitteln 694,9 Millionen Schilling vorgesehen.

Abschließend beklagte Heller noch die erheblichen Schäden, die heuer den städtischen Gartenanlagen zugefügt worden seien. Er könne es nicht verstehen, daß manche Leute wie Vandalen in den Parks hausten. Das Stadtgartenamt habe heuer erstmals Rasenflächen zum Spielen für Kinder versuchsweise freigegeben. Ergebnisse würden erst im späten Frühjahr 1972 vorliegen, doch erinnerte der Stadtrat daran, daß man an das Spielen von Kindern und nicht an das Zertrampeln durch Jugendliche und Erwachsene gedacht habe.

- - -

Zentrales Orientierungssystem für ganz Wien  
=====5. Tag der Budgetdebatte, 2. Referat

Wien, 14.12. (RK) Verwaltungsgruppe IX, Baubehördliche und sonstige technische Angelegenheiten.

Referentin: Stadträtin Dr. Maria Schaumayer (ÖVP).

Einnahmen: 138,416.800 Schilling, Ausgaben: 283,045.000 Schilling.

Gegenüber dem Vorjahr zeigen die Budgetansätze der Geschäftsgruppe IX nur geringe Veränderungen, erklärte die Stadträtin einleitend.

Baupolizeiliche Agenden: Zum Wohnungsverbesserungsgesetz postulierte die Stadträtin eine entsprechende Adaptierung: Insbesondere sollten auch die Mieter eine direkte Möglichkeit zur Antragsstellung haben. Damit könne man dem Sinn und Ziel des Wohnungsverbesserungsgesetzes 1969 auch in Wien gerecht werden.

Die Aktivität der Baupolizei-Abteilungen spiegelt die Stadtentwicklung wider: Während innerhalb des Gürtels die Baubewilligungen 1971 um 12,5 Prozent abnahmen, stiegen sie außerhalb des Gürtels um fast 20 Prozent. Im gesamten Stadtgebiet stieg jedoch die Zahl der Ansuchen um Abbruchbewilligung (innerhalb des Gürtels um 17,3 Prozent, außerhalb des Gürtels um 21 Prozent).

Zum Problem der Assanierung betonte Stadträtin Dr. Schaumayer, daß es kaum echte Meinungsdivergenzen über deren Notwendigkeit gebe. Wohl aber gebe es unterschiedliche Auffassungen hinsichtlich des Bundesgesetzgebers. Die Zielvorstellung müßte lauten: nicht isoliert den Ausbau, sondern ganzheitlich den Städtebau zu fördern. Der Bürger sollte dabei nicht als Objekt angesehen werden, sondern müßte, egal ob Eigentümer oder Mieter, aktiv eingeschaltet werden. Die Rechte und Möglichkeiten von Privatleuten müssen gesetzlich so verankert werden, daß sie aktives Interesse an der Assanierung gewinnen.

Durch eine intensivere Tätigkeit des Gehsteigreferates der Baupolizei soll die Situation sowohl hinsichtlich des Zustandes der Gehsteige als auch der Inanspruchnahme durch Bautätigkeit verbessert werden.

Die Mitwirkung am neuen Wiener Ölfeuerungsgesetz und die Arbeiten am Veranstaltungsstättengesetz zählen zu den Haupt-

aktivitäten der MA 35. Hinsichtlich der Zulassung neuer Baustoffe wird begonnen, ein vereinheitlichtes System zu schaffen.

Die Aktion zur Erteilung von Gebrauchserlaubnissen für Selbstbedienungseinrichtungen der Sonntagsblätter wurde mit der Genehmigung von 23.496 Aufstellungsplätzen abgeschlossen.

Für die öffentliche Beleuchtung sind 1972 Ausgaben von 112,9 Millionen Schilling - das ist eine Steigerung um rund 10 Prozent gegenüber dem Vorjahr - vorgesehen. Da jedoch auch die WIG 74, Betriebsbaugebiete, Autobahn-Bau, U-Bahn-Bau und Bundesstraßen zu den Agenden der zuständigen MA 33 gehören, ist deren Arbeitsumfang um rund 20 Millionen Schilling höher.

Auch der Umbau des Uhrnetzes auf Funksteuerung - die erste funkgesteuerte Uhr wurde bekanntlich heuer in Betrieb genommen - wird im kommenden Jahr vorangetrieben. Ab 1973 müßten jedoch mehr Mittel aufgewandt werden, um das Funksteuerprogramm rationell durchführen zu können.

Das Anstrahlungsprogramm sieht 1972 eine Sanierung der Anlagen beim Kunsthistorischen und Naturhistorischen Museum vor. Bekanntlich wurden dieser Tage die Anstrahlung auf der Freyung und Installationen in der Fußgängerzone fertiggestellt.

Die Altstadtleuchten in Grinzing sind großteils fertiggestellt. In Zusammenarbeit mit dem Kulturamt soll 1972 das Gebiet um die Ruprechtskirche in Angriff genommen werden. Weitere Pläne betreffen den Bereich Fleischmarkt, Postgasse und Laurenzberg sowie die Mülkerbastei.

Da die Zahl der Anzeigen gegen Hersteller vorschriftswidriger Elektrogeräte zunimmt, soll diesem Problem 1972 durch die zuständige MA 33 besondere Aufmerksamkeit gewidmet werden. Die Abteilung will die notwendigen Vorkehrungen für eine einheitliche Vorgangsweise bei den Magistratischen Bezirksämtern treffen.

Drei Schwerpunkte nennt die Versuchs- und Forschungsanstalt (MA 39) für 1972: den Umweltschutz, den Straßen- und U-Bahn-Bau und die Forschungstätigkeit für den Wohnbau.

Dauermessungen an den Stellen mit höchsten Staub- und Schwefeldioxydgehalten sollen 1972 Grundlagen für die Stadtplanung hinsichtlich optimaler Standorte erbringen. Hinsichtlich der Beseitigung industrieller und gewerblicher Abfallstoffe

wird die Magistratsabteilung 39 im Zusammenwirken mit anderen Dienststellen Lösungsmöglichkeiten erarbeiten. Auch ein Sondermüllgesetz wird in Zusammenarbeit mit der MA 48 im nächsten Jahr fertiggestellt. Auf dem Sektor Lärmschutz sind Trittschalldämmungs-Messungen und Fensterprüfungen mit einem modernst ausgestatteten Prüfstand vorgesehen.

Im Straßenbau sind vor allem Versuche, die dem nachträglichen Einsinken der Straßendecken entgegenwirken, hervorzuheben. Ein mobiles Straßenbaulabor mit Isotopengerät wird 1972 von der Versuchsanstalt zusammen mit der MA 28 in Betrieb genommen. Bei der Abnahme der Tübbings wird die MA 39 nun in großem Stil mitwirken. Desgleichen bei den Erschütterungsmessungen am Stephansdom.

Für den Wohnbau ist neben den Fenstertests eine Forschungsarbeit über Probleme der Ziegel-, Mörtel- und Pfeilerfestigkeit von Bedeutung.

Die MA 46 wird 1972 nicht nur die 500. Lichtsignalanlage einschalten, sondern auch ein umfassendes Vorrangstraßenkonzept in Angriff nehmen. Ferner wird ein zentrales Wegweiser- und Orientierungssystem für ganz Wien erarbeitet. Die für Mai 1972 vorgesehene Einbahnerklärung des Rings erfordert einen Umbau der gesamten Verkehrslichtsignalanlagen mit Kosten von sieben Millionen Schilling. Gleichzeitig erfolgt eine Koordinierung mit der Verkehrsleitzentrale, an die damit im kommenden Jahr bereits 150 Signalanlagen angeschlossen sein werden. Für die Fortsetzung der Dauermarkierungen stehen 3,5 Millionen Schilling zur Verfügung. Einen weiteren Schwerpunkt bildet 1972 die Verdeutlichung der Lichtzeichen durch Sichtblenden an den Lichtsignalanlagen. Damit soll die häufige Überstrahlung der Signale durch andere Lichtquellen wesentlich gemildert werden. Im Frühjahr 1972 wird im zweiten Bezirk die erste akustische Blinden-Signalanlage errichtet

Stadträtin Dr. Schaumayer betonte, daß sich die neue Friedhofsordnung ein Jahr nach Inkrafttreten bewähre, mit den im Budget vorgesehenen Mitteln können jedoch nicht die erforderlichen Investitionen sichergestellt werden. Insbesondere

müsse im Hinblick auf die Sperre verschiedener Friedhöfe der Erweiterungsteil des Südwestfriedhofs rechtzeitig fertiggestellt sein. Für die WIG 74 sei die Gesamtgestaltung des Friedhofes Ober-Laa, wo eine Friedhofsleherschau stattfindet, erforderlich. Die Sanierung des Zentralfriedhofes stehe an prominenter Stelle im nächstjährigen Schwerpunktprogramm der Friedhofsverwaltung. Der im Oktober 1971 aufgenommene Autobusverkehr im Zentralfriedhof finde außerordentlich großen Anklang bei der Bevölkerung.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

## die rettung im november

4 wien, 14.12. (rk) wie bereits jetzt erkennbar, wird die jahresbilanz ein starkes ansteigen der einsaetze der rettung gegenueber dem vorjahr ergeben. waehrend 1970 37.770 ausfahrten zu verzeichnen waren, duerften ende dieses jahres rund 41.000 interventionen gezaehlt werden.

im zusammenhang mit dem ausbruch dreier haeftlinge aus der strafanstalt stein stellte die wiener rettung am 5. november an verschiedenen orten bereitschaftsdienste auf, da eine schiesserei befuerchtet werden musste. am 20. november ereignete sich ein mordversuch, wobei eine 19jaehrige frau schwere stichverletzungen erlitt. da auch das herz verletzt war, wurde die patientin mit herzalarm auf die unfallstation gebracht, die sofort durchgefuehrten massnahmen erwiesen sich als lebensrettend.

eine berufung in eine schule in favoriten ergab, dass vier kinder schlaftabletten eingenommen hatten, die eine mitschuelerin von zu hause mitgebracht hatte. alle vier kinder wurden in das preyer'sche kinderspital eingeliefert und konnten gerettet werden.

der krankenbefoerderungsdienst fuehrte im november 6.238 transporte durch. es gab nicht weniger als zehn verfruehte entbindungen, davon sechs im rettungswagen und vier in den wohnungen. dabei erblickten fuenf maedchen und fuenf buben das licht der welt.  
0918

wiener landesregierung bewilligt 276 millionen an  
darlehen aus der wohnbaufoerderung

7 wien, 14.12. (rk) die wiener landesregierung genehmigte am diensttag auf antrag von stadtrat reinhold s u t t n e r darlehen aus der wohnbaufoerderung 1968 in der hoehe von insgesamt 276 millionen schilling. damit koennen 1.446 wohnungen und 9 lokale errichtet werden. der groesste teil dieser foerderungsdarlehen entfiel wieder auf gemeinnuetzige bauvereinigungen.

1008

schubert-jubilaeum:

grosse musikfeiern zum 175. geburtstag

3 wien, 14.12. (rk) mit einem grossprogramm musikalischer ereignisse begeht die stadt wien die feier des 175. geburtstages von franz schubert. schauplaetze sind der musikverein und das geburtshaus franz schuberts in der nussdorfer strasse. folgende veranstaltungen werden rund um den 31. jaenner, den geburtstag des komponisten, stattfinden:

sonntag, 30. jaenner 1972, 19.30 uhr: orchesterkonzert im grossen musikvereinssaal. carl m e l l e s dirigiert die wiener symphoniker (solist: lennart r a b e s ). programm: 1. symphonie, unvollendete, wanderer-fantasie.

montag, 31. jaenner 1972, 19.30 uhr: elly a m e l i n g singt ausgewaehlte lieder von franz schubert, begleitet von irwin g a g e . ort: brahmssaal des musikvereins.

mittwoch, 2. februar 1972, 19.30 uhr: klavierabend rudolf b u c h b i n d e r im geburtshaus franz schuberts (9, nussdorfer strasse 54).

am 31. jaenner wird ausserdem ein kranz der stadt wien am grabe von franz schubert niedergelegt.

0907

#### feuerwehrleute als schweinehueter

5 wien, 14.12. (rk) wiener feuerwehrmaenner mussten sich diensttag frueh kurzfristig als schweinehueter bewaehren. der grund fuer die ungewoehnliche taetigkeit: nach dem zusammenstoss eines lastautos mit zwei personenwagen auf der triester strasse stuerzte der lkw um und streute seine fracht - 21 fuer st. marx bestimmte schweine - auf die fahrbahn. quietschend und grunzend versuchten die tiere zwischen den autos einen weg in vertrautere umgebung zu finden. die feuerwehrleute fingen die schweine und quartierten sie im hinterhof eines hauseß ein. mit einem kranfahrzeug wurde der umgestuerzte lkw aufgestellt und aus der fahrbahn geschleppt. der unfall hatte eine laengere verkehrsstoerung zur folge.

0947

## personalnachrichten

6 wien, 14.12. (rk) der wiener stadtsenat hat am diensttag den bisherigen technischen vizedirektor der wiener gaswerke, dipl.-ing. dr. josef scholle, zum direktor der gaswerke bestellt. neuer technischer vizedirektor wird oberstadtbaurat dipl.-ing. rudolf schlauer.

der aenztlliche leiter prof. dr. anton luger (ma 17) wurde in die dienstklasse roem. acht befoerdert. die stadtbauraeete dipl.-ing. hans schwarz (e-werke) und dipl.-ing. walter traunsteiner (e-werke) wurden zum oberstadtbaurat befoerdert. der technische amtsrat ing. fritz wagner (ma 32) wurde zum technischen oberamtsrat und der amtsrat karl scheinost (ma 11) zum oberamtsrat befoerdert.  
1003

## preisguenstige gemuese- und obstsorten

9 wien, 14.12. (rk) das marktamt der stadt wien teilt mit: heute waren auf den wiener maerkten folgende gemuese- und obstsorten besonders preisguenstig:

gemuese: chinakohl 4 schilling, karotten 5 schilling, kohlrabi 5 schilling, weisskraut 3.50 schilling je kilogramm.

obst: aepfel (qualitaetsklasse 2) 6 bis 6.50 schilling, bananen 7 schilling, mandarinen (tuerkische) 10 schilling, orangen (blond italienische) 5 bis 5.50 schilling je kilogramm.

1052

ein drittel aller grippekranken hat die honkonggrippe  
in wien harmlosen krankheitsverlauf

8 wien, 14.12. (rk) die aus dem oosten langsam einsickernde  
a 2-honkong-grippewelle hat zwei todesopfer gefordert. bei den  
toten handelt es sich aber um aeltere, schon vor der erkrankung  
an verschiedenen leiden laborierende menschen. seit dem wochenende  
ist die zahl der an grippeesen infekten erkrankten wiener  
um 7.000 angestiegen. ein drittel aller grippekranken duerfte  
davon an der echten honkonggrippe leiden.

oberstadtphysikus dr. k r a s s n i g g , der leiter  
des gesundheitsamtes der stadt wien, teilte dazu der ''rathaus-  
korrespondenz'' mit, dass die virus-grippe derzeit in einer  
abgeschwaechten form (verglichen mit dem krankheitsbild in den  
ostblock-staaten) und einem relativ komplikationslosen krankheits-  
verlauf zu beobachten ist. diesen beobachtungen entspricht auch  
die situation in den spitaelern, sie ist keineswegs angespannter  
als in den vorwochen.

trotz des derzeit harmlosen krankheitsbildes wird empfohlen,  
auftretendem schuettelfrost, fieber oder schweren abgeschlagen-  
heitszeichen beachtung zu schenken. nachdruecklich betonte ober-  
stadtphysikus dr. krassnigg, dass es zur zeit keinerlei anlass zu  
einer ''grippe-panikstimmung'' gibt.

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)Tiefbaudebatte  
=====

Wien, 14.12. (RK) Als erster Redner zum Kapitel Tiefbau kritisierte GR. Joachim Müller (DFP) die sinkenden Ansätze für den Straßenbau: Einer Verringerung im Vorjahr um zehn Millionen folge heuer eine solche um 13 Millionen. Es erhebe sich die Frage, ob diese Reduktionen vielleicht durch die vielen, gleichzeitig begonnenen Großbauvorhaben bedingt seien. Auf jeden Fall aber sei der Straßenbau durchaus der falsche Platz für plötzliche Sparsamkeit.

Müller erneuerte auch seine Forderung nach dem Bau eines Nutzwasser-Leitungsnetzes. Nach den Ausführungen von Stadtrat Heller sei - unter Einbeziehung aller in Ausarbeitung befindlichen Wassergewinnungsprojekte - der Wasserbedarf Wiens nicht länger als bis 1975 gedeckt. Was aber wäre, wenn plötzlich eine der beiden Hochquellenleitungen ausfiele? Der Zustand der II. Hochquellenleitung sei ohnedies besorgniserregend genug. Im übrigen brauche man zum Feuerlöschen und Straßenspritzen nicht teures Quellwasser aus den Bergen. Daher also die Notwendigkeit der Verwendung von Nutzwasser.

Müller zitierte schließlich eine Reihe von Schweizer Vorschriften und Praktiken für die Errichtung von Anlagen für Kinder und Jugendliche. Er forderte unter anderem die Errichtung eines Radweges im Donaupark und erklärte, Wien sei hinsichtlich des Baues von Spielanlagen und Freizeitflächen für Kinder deshalb so rückständig, weil alle Gelder, die man dazu verwenden könnte, als Subventionen den Jugendorganisationen der Großparteien zugewendet würden.

GR. Klement (FPÖ) verwies darauf, wie sehr das Baugeschehen unserer Stadt vom Wiener Budget beeinflusst werde. So werden allein auf dem Tiefbausektor rund 2,2 Milliarden, um 20 Prozent mehr als im Vorjahr, ausgegeben. Die Ansätze

./.

für den Straßenbau wurden jedoch leider reduziert und das, obwohl die Vollmotorisierung mit Riesenschritten auf uns zukommt.

Wenn wir hier auf diesem Sektor nicht alles unternehmen, werden wir in wenigen Jahren vor einer noch schwierigeren Verkehrssituation stehen als heute. Leider fehle auch noch immer eine Koordinierung der einzelnen Tiefbauarbeiten. Als Beispiel führte der Redner die Arbeiten Ecke Seilerstätte und Weihburggasse und Margaretengürtel-Arndtstraße an.

Der planmäßige, rasche und großzügige Ausbau der Verkehrsflächen leiste auch einen nicht unwesentlichen Beitrag zur Reinhaltung der Großstadtluft.

Der Ansatz für den U-Bahn-Bau, erstmals mehr als eine Milliarde, bezeichnete der Redner als erfreulich, meint aber, daß auch sie durch die ständig steigenden Lohn- und Preiserhöhungen nicht hoch genug seien, um den Baufortschritt in den angegebenen Zeiträumen zu gewährleisten. Nach dem erstellten Zeitkostenplan, sei mit der Fertigstellung des Bauabschnittes Reumannplatz-Steinhänsplatz im Jahr 1977 zu rechnen. Dieser sah aber bereits jährliche Bauraten von maximal 1,5 Milliarden vor. Der Redner urgierte auch ein Finanzierungskonzept für den U-Bahn-Bau. Weiter ersucht er den Stadtrat um Bekanntgabe der einzelnen Fertigstellungstermine. Groß seien die Belastungen für Bevölkerung und Geschäftsleute im Bereich der U-Bahn-Baustellen. Der Einsatz von gedämpften Baumaschinen sei unerlässlich.

Senkgruben: Besteht hier ein Zeitplan bezüglich Anschluß der Senkgruben an das Kanalnetz? Werden derzeit noch neue Senkgruben bewilligt? Die Errichtung der im Bau befindlichen Großkläranlage müßte beschleunigt werden, denn auch damit werde ein nicht unwesentlicher Beitrag zur Reinhaltung der Gewässer geleistet. Die Straßenreinigung lasse noch einiges zu wünschen übrig. Die Müllbeseitigung stehe vor immer größeren Aufgaben, da der Müllanfall ständig steige. Den Ansätzen stimme seine Fraktion zu.

Die Dritte Wiener Wasserleitung werde keinesfalls ausreichen, die Versorgung der Wiener Bevölkerung mit Trinkwasser für die Zukunft zu sichern. Man müsse bereits jetzt nach neuen Möglichkeiten zur Erschließung von Trinkwasser für Wien suchen, meinte GR. DDr. Strunz (ÖVP). Er sei daher froh, daß bereits jetzt überlegt wird, wie man auf dem Gelände der künftigen Donauinsel Trinkwasserquellen erschließen könne. Er gebe Stadtrat Heller recht, der gesagt hat, daß der Wasserwirtschaftsfonds großstadtfeindlich sei. 100 Millionen - das ist jener Betrag, den Wien im kommenden Jahr erhalten soll - seien zu wenig. Es müsse doch möglich sein, mit dem Landwirtschaftsminister, der jetzt der gleichen Partei wie die Rathausmehrheit angehört (Stadtrat Heller korrigiert: Bautenminister!) zu einer besseren Regelung zu gelangen.

Der Redner urgierte weiter einen Rohrnetzplan und wies darauf hin, daß seine Partei die Erstellung eines solchen Planes bereits im Jahre 1964 gefordert habe.

Bei der Müllverbrennung müsse man auch in Wien in Zukunft den ansteigenden Kunststoffanteil am Müll besonders berücksichtigen. Analysen in verschiedenen Städten Österreichs hätten gezeigt, daß dieser Anteil bereits fünf Prozent übersteige. Dazu komme, daß auch die Zahl der weggeworfenen Spraydosen immer mehr steige und zusätzliche Gefahren mit sich bringe. Eine Untersuchung, welche Auswirkungen der immer giftiger werdende Müll, in der Nähe von Verbrennungsanlagen für die Luft habe, sei daher notwendig. DDr. Strunz brachte einen diesbezüglichen Antrag ein.

Mit dem Straßenbau befaßte sich GR. Hala (SPÖ). 1955 gab es in Wien 15,1 Millionen Quadratmeter Fahrbahnflächen, jetzt sind es 19,3 Millionen. Der jährliche Zuwachs an Fahrbahnflächen beträgt durchschnittlich 270.000 Quadratmeter. Von der vorhandenen Fahrbahnfläche besitzen 81 Prozent eine Asphalt- oder Betondecke und neun Prozent vergossenes Groß- oder Kleinsteinpflaster. 90 Prozent sind also geräuscharm. Es verbleiben zehn Prozent Großsteinpflaster, leider auch noch in einigen Hauptstraßen. Die MA 28 ist bemüht, auch diese Straßen geräuscharm zu machen, doch hängt die Möglichkeit nicht nur von den bereitgestellten finanziellen Mitteln ab, sondern auch von den Erfordernissen des Verkehrs, weil Umleitungen damit verbunden sind.

Jeder Straßenbau hat auch weitergehende Folgen. So hat beim Umbau der Felberstraße der reine Straßenbau 3,2 Millionen Schilling gekostet, für die Einbauten - Gas, Strom, Wasser, Gleisanlagen waren hingegen 14,8 Millionen Schilling erforderlich.

Erstmals sind im Voranschlag 30 Millionen für die Behebung von Frostschäden vorgesehen. Natürlich werden Mittel im erforderlichen Ausmaß dafür zur Verfügung stehen. Die beiden vergangenen Winter waren sehr streng, deshalb waren 1970 rund 57 Millionen und 1971 rund 56 Millionen zur Behebung von Frostschäden vorgesehen. Nur 33 Prozent der Wiener Straßenfläche besitzen eine ausreichende Frostsicherheit. Bei den anderen Straßen ist die Dicke der Fahrbahnkonstruktion angesichts der Zunahme des Verkehrs zu gering. Dabei spielt nicht nur die ständig wachsende Zahl von Fahrzeugen eine Rolle, sondern auch die immer höheren Achsdrücke. Die MA 28 hat deshalb neue Methoden der Straßenerstellung gesucht und nun die Oberbaudicke für Straßen mit Schwerstverkehr mit 70 Zentimeter, für andere Straßen mit 55 Zentimeter festgesetzt. Jedes Jahr gibt es mehr frostsichere Straßen, aber der Ärger mit Frostaufbrüchen wird noch lange bleiben.

GR. Hala verwies abschließend auf das im September beschlossene Bundesstraßengesetz, das Anliegen Wiens erfüllt und der Stadt einige Sorgen abgenommen hat. Gab es vorher in Wien 120 Kilometer Bundesstraßen und Autobahnen, so sind es jetzt 287 Kilometer. Das bedeutet eine spürbare Entlastung der Stadtverwaltung, die eine schnellere Sanierung der übrigen Straßen ermöglicht. Dabei geht es darum, diese Straßen lärmarm, griffiger, tragfähiger und frostsicherer zu machen.

GR. Josef Hoffmann (ÖVP) weist zunächst auf die große Bedeutung des Tiefbaubudgets für die Wiener Wirtschaft hin. Er lobt auch die hohen Ansätze für den U-Bahn-Bau und den günstigen Baufortschritt. Freilich gebe es im Tiefbau nicht nur Licht, sondern auch Schatten. So beklagte Hoffmann die Abnahme der Budgetmittel für die Stadtreinigung, für den Brückenbau und für den Straßenbau.

Obwohl der Bau zweier neuer Donaubrücken heuer im Sommer - freilich vor Wahlen - angekündigt worden sei, seien die Mittel für den Brückenbau von 117 auf 99 Millionen Schilling zurückgegangen. Der Finanzreferent sollte doch den Straßenbau, dessen Investitionsmittel leider ebenfalls eine klare rückläufige Tendenz aufwiesen, besser dotieren.

Was schließlich die Bundesstraßen in Wien angehe, sei es gewiß erfreulich, daß der Bundesgesetzgeber den Wiener Wünschen weitgehend Rechnung getragen habe. Es sei doch aber auffallend, daß die Jahresraten für die Wiener Bundesstraßen so lange eine steigende Tendenz aufgewiesen hätten, so lange es eine ÖVP-Regierung gegeben habe, während unter der SPÖ-Regierung eine abnehmende Tendenz vorherrsche: Im letzten von der ÖVP-erstellten Bundesbudget seien für 1970 insgesamt 395 Millionen Schilling präliminiert gewesen, während nun lediglich 340 Millionen Schilling für 1972 angeboten worden seien. Die Wiener Bevölkerung habe aber nichts davon, wenn die Bundesstraßen zwar vermehrt würden, aber bloß auf dem Papier existierten, erklärte Hoffmann.

Abschließend beschäftigte sich der ÖVP-Redner noch mit der Vergabep Praxis, die er als im wesentlichen sauber und korrekt bezeichnete. Allerdings sei ihm aufgefallen, daß in letzter Zeit die Zahl der freien Vergaben zugenommen habe. Schließlich lobt Hoffmann noch das ausgezeichnete Klima im Tiefbauausschuß und hebt hervor, daß seine Fraktion immer prompt über alle gewünschten Vorgänge informiert worden sei.

GR. Ing. Nedwed (SPÖ) widmete sich ausführlich der Bedeutung städtischer Grünflächen. Wien sei hier in einer ausgesprochenen Spitzenposition innerhalb der europäischen Großstädte. Dieser Umstand sei nicht nur unter dem Aspekt des Erholungswertes für den Bürger allein zu würdigen, sondern in ganz hohem Maß durch seine Auswirkung auf das Kleinklima. Nedwed zitierte in diesem Zusammenhang Messungen: Die Temperaturschwankungen bei hochsommerlicher Sonneneinstrahlung liegen bei Parkrasenflächen (12,2 Grad - 29,1 Grad) wesentlich niedriger als bei anderen Flächen, etwa Asphalt (16,2 Grad - 41,8 Grad). Außerdem binde Rasenfläche etwa drei- bis

sechsmal soviel Staub wie andere Materialien. In dieser Zahl manifestiere sich die enorme Bedeutung der Grünflächen für die Lebensbedingungen des Stadtbewohners.

Nedwed nahm dann zur winterlichen Salzstreuung Stellung. Noch immer seien Versuche mit anderen Lösungsmitteln ohne praktikables Ergebnis geblieben: Sprühmittel auf Alkoholbasis müßten mehrmals an einem Tag angewendet werden, andere Mittel auf der Basis des technischen Harnstoffes wirkten nur bis minus sieben Grad Celsius.

Grundsätzlich kritisierte der Redner, daß die Presse die Arbeit der Stadtverwaltung ignoriere: Wien befinde sich jetzt in einem Stadium wie vor rund 100 Jahren, also in einem gigantischen Umbau. Das Bild dieser Stadt von morgen werde geprägt - aber die Presse suche nichts als Sensation. Ein Wiener Massenblatt halte sich nicht einmal einen eigenen Kommunalredakteur, sondern streife die Kommunalpolitik nur gelegentlich in Glossen. Im Zusammenhang mit der dürftigen Berichterstattung über den Stollendurchbruch bei der U-Bahn forderte der Redner die Presse auf, ihre negative Haltung aufzugeben und - im Sinne einer Äußerung von Bürgermeister Felix Slavik bei der letzten Jungbürgerfeier - mehr als bisher die "positiven Sensationen" zu berücksichtigen.

In seinem Schlußwort beschäftigte sich Tiefbaustadtrat Heller zunächst mit dem Problem der Kostensteigerungen: Man habe bei einzelnen Angeboten tatsächlich Erhöhungen bis zu 5• Prozent gegenüber den Preisen des Jahres 1970 feststellen müssen. Dies sei freilich keine allgemeine Tendenz. Die Innung jedenfalls habe offiziell eine Erhöhung des Baukostenindex um 6,6 Prozent bekanntgegeben, aber durchschnittlich lägen die Kostensteigerungen in der Praxis darüber.

Ausschreibungen: Er sei ein absoluter Anhänger dieses Systems, aber manchmal, und vor allem bei Spezialarbeiten, sei eine beschränkte Ausschreibung beziehungsweise eine freihändige Vergabe vorteilhafter. Für die Vorarbeiten des U-Bahnbaues im 1. Bezirk habe man sich bemüht, zwecks besserer Koordinierung beziehungsweise Verkürzung der Bauzeit bei der Arbeitsvergabe gewisse Erleichterungen von den Bestimmungen der Haushaltsordnung zu erlangen, allerdings vergeblich.

Man habe also in einigen Fällen improvisieren müssen, und vielleicht werde dies in einigen Jahren vom Kontrollamt zum Anlaß für Kritik genommen. Er, Heller, bekenne sich jedoch zu dieser Vorgangsweise, da sie zu einer Beschleunigung der Bauarbeiten geführt habe.

Was den Straßenbau angehe, würde er natürlich auch lieber mehr Mittel verbauen, fuhr Heller fort. Man dürfe freilich nicht übersehen, daß die im Budget ausgewiesenen Gelder für den Straßenbau ausschließlich zur Herstellung der Straßendecken dienten und größere Beträge für die Einbauten eben im Voranschlag anderer Abteilungen enthalten seien. Wie die Vorarbeiten im 1. Bezirk heuer zudem gezeigt hätten, seien die Möglichkeiten eines vermehrten Straßenbaues durch die zumutbaren Umleitungen beziehungsweise die Kapazitäten der Baufirmen beschränkt. Die Verhandlungen über die Bundesstraßenmittel für 1972 seien erst auf Beamtenebene geführt worden, und er hoffe doch, daß deshalb das letzte Wort noch nicht gesprochen sei, erklärte der Tiefbaustadtrat.

Die Behauptung, der Stillstand des "Maulwurfes" habe die Stadt täglich eine Million Schilling gekostet, sei absolut falsch, wengleich natürlich der Stillstand Mehrkosten verursacht habe. Bekanntlich habe man die Tunnelarbeiten vorübergehend einstellen müssen, weil ein Hausbesitzer beziehungsweise dessen Anwalt für die Genehmigung, vom Keller des Hauses zum Schutz dieses Hauses Injektionsarbeiten durchzuführen, nicht weniger als 700.000 Schilling begehrt habe. Man habe sich dann bei etwa der Hälfte geeinigt. Die Fertigstellungstermine für die U-Bahn richteten sich nach der Bewältigung der technischen Schwierigkeiten und die derzeitige Planung sehe vor, daß die Linie U 1 im Jahre 1978 den Betrieb aufnehme. Jedenfalls sei der U-Bahnbau weder bisher noch im kommenden Jahr durch finanzielle Einschränkungen in irgendeiner Weise behindert worden.

Er stimme mit einigen Debattenrednern überein, daß mit der Errichtung der III. Fernwasserleitung das Trinkwasser-problem Wiens für die Zukunft nicht gänzlich gelöst werde. Daher würde ja eine Reihe anderer Vorhaben, wie ein Wasserkwerk auf der künftigen Donauinsel, eine vermehrte Anzapfung der Lobau und die Einleitung der Pfannbauernquelle ernsthaft studiert beziehungsweise auch schon realisiert. Eine eigene Nutzwasserleitung für Wien sei schon deshalb unrealistisch, fuhr Heller fort, weil die derzeitigen Bestimmungen der Gesundheitsbehörde so seien, daß auch Nutzwasser die Qualität von Trinkwasser aufweisen müsse. Schließlich erinnerte Heller daran, daß der Bau neuer Donau- und Donaukanalbrücken deshalb nicht im städtischen Budget aufscheinen könne, weil es sich ja um Bundesstraßenprojekte handle.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und FPÖ angenommen.

Der ÖVP-Antrag über die Messung von Schadstoffen wurde einstimmig den zuständigen Ausschüssen zugewiesen.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

- - -

Neue Ausstellung im Historischen Museum:

"Wiener Theater 1660 bis 1900"

=====

Wien, 14.12. (RK) Im Historischen Museum der Stadt Wien wird Vizebürgermeister Gertrude Fröhlich-Sandner kommenden Montag eine neue Ausstellung eröffnen. Sie steht unter dem Motto "Wiener Theater. Bilddokumente 1660-1900 aus der Theater-sammlung des Historischen Museums".

Das Museum hat sich dabei mit 520 Objekten - durchwegs aus eigenen Beständen - das Ziel gesetzt, den hohen Eigenwert einer musealen Spezialsammlung zu beweisen. Ausgestellt werden Ölgemälde, Aquarelle, Handzeichnungen, Druckgraphiken und Plastiken. Sie bilden einen Querschnitt durch die Entwicklung des Wiener Theaters von der prunkenden Barockbühne über das Stegreiftheater des Hanswurst und das Theater der Wiener Volkskunst bis zur Gesellschaftsbühne in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Zu dieser Ausstellung wurde ein 100-Seiten starker illustrierter Katalog herausgegeben.

Geehrte Redaktion!

Zu der Presseführung durch die Ausstellung mit Frau Fröhlich-Sandner laden wir Sie herzlich ein.

Zeit: Montag, 20. Dezember, 10.30 Uhr.

Ort: Historisches Museum, Karlsplatz.

- - -

(Fortsetzung des Sitzungsberichtes:)

## Debatte-Baubehördliches

=====

Wien, 14.12. (RK) GR. Dr. Tuma (DFP) betonte, daß sympathische an der Gexchäftsgruppe sei, daß hier nicht nur durch den Einsatz großer finanzieller Mittel Erfolge zu erzielen seien, sondern daß mit Nachdenken und Überlegungen gute Arbeit geleistet werden kann. So können durch gute Verkehrsleitanlagen oftmals Straßenumbauten erspart werden.

Gehsteiginstandsetzungen Hier müßte versucht werden, notwendige Einbauten zu koordinieren, um unnötige Instandsetzungskosten zu vermeiden. Die Aufstellung der Zeitungsstände an Sonntagen sei notwendig und die Erteilung der Gebrauchserlaubnis zu begrüßen. Es müßte jedoch darauf geachtet werden, daß bei stürmischem Wetter nicht ganze Stadtviertel durch herumfliegende Zeitungen verschandelt werden.

Viel wurde in Wien auf dem Gebiet der Beleuchtung getan. Schlecht beleuchtet seien Gebiete entlang des Donaukanals, wo wegen verschiedener unliebsamer Vorfälle immer wieder Polizeirazzien durchgeführt werden müssen. Ausreichende Beleuchtung sei wichtig für die öffentliche Sicherheit, die derzeit in Wien ohnedies nicht die beste sei.

Vermietung von Lichtmasten für Wahlplakate: Hier nur Anerkennungszinseinzubeheben wäre Großzügigkeit am falschen Platz. Gerade hier könnte man gewaltig abschöpfen.

Parkverbot auf dem Rathausplatz: Nach Ansicht des Redners hat der Rathausplatz durch das Parkverbot nur gewonnen. Man sollte diese Angelegenheit jedoch nicht zu einer politischen hochspielen. Leider hat es sich hier gezeigt, daß man die gegenteilige Ansicht anderer negiert und vom Verfassungsrecht Gebrauch gemacht und den Platz gesperrt hat. Dadurch wurde dokumentiert, daß die Verfassung unserer Stadt veraltet ist und sie endlich gründlich überholt werden müßte. Dem Bürgermeister stehen beinahe diktatorische Möglichkeiten offen, das Budgetrecht sei jedoch eine Farce. Die Oppositionsparteien haben kein Recht zur Akten-einsicht und können nicht einmal an vertraulichen Sitzungen teil-

nehmen. Es sei daher nicht verwunderlich, daß sich die Presse für diese Budgetdebatte nicht interessiert. Die DFP werde den Ansätzen nicht zustimmen. Mit Kritik an den Zuständen und der Gestaltung der Wiener Friedhöfe begann Gemeinderat Krenn (FPÖ) Er habe den Eindruck, der Friedhofswettbewerb sei "l'art pour l'art" gewesen. Von irgendwelchen Auswirkungen habe man nichts gehört, obwohl er - wie Stadtrat Dkfm. Dr. Maria Schaumayer meinte - gute Ergebnisse gebracht habe. Diese Ergebnisse dürften in den Schreibtischladen des Rathauses ruhen, vermutete Krenn. Auf vielen Friedhöfen nähmen die Abfälle überhand, die Behälter würden nur selten oder manchmal überhaupt nicht geleert. Er brachte einen Antrag ein, für mehr Sauberkeit auf den Friedhöfen und die Entleerung der Abfallbehälter zu sorgen. Ein weiterer Antrag sollte - wie Gemeinderat Krenn formulierte - dem "Uhrenskandal" ein Ende bereiten. Für den Neubau und Umbau der städtischen Uhren auf zentrale Steuerung sei so wenig Geld vorhanden, daß die Misere bestenfalls in zehn Jahren behoben wäre.

Auch die Koordinierung der Lichtsignalanlagen - der Redner nannte Beispiele - und die Aufbringung von Bodenmarkierungen ließen zu wünschen übrig.

Die Gefahren für die Kinder auf dem Schulweg seien in Wien noch immer viel zu groß. Der Redner richtete an die SPÖ-Fraktion des Hauses die Frage, wo das auf Bundesebene vorgesehene Schulwegsicherungsgesetz bleibe. Zum Schluß seines Beitrages forderte Krenn Frau Stadtrat Dkfm. Dr. Schaumayer auf, zur Situation auf dem Rathausplatz Stellung zu nehmen. Seine Fraktion sei der Ansicht, daß wenigstens ein Teil des Platzes als Kurzparkzone zur Verfügung stehen solle. Seine Fraktion könne den Ansätzen dieser Geschäftsgruppe nicht zustimmen, endete Krenn.

Erfreulich ist, daß die verschiedenen Zeitangaben auf den öffentlichen Uhren bald der Vergangenheit angehören werden, weil die Bemühungen um eine zentrale Funksteuerung vor dem Abschluß stehen.

Wichtig ist der Schutz vor mangelhaften Elektrogeräten, der aber nicht genügt, so lange so viele Schutzerdungen in Wohnungen mangelhaft sind.

Bei der Baubehörde dauert die Ausfertigung der Bescheide wegen des Personalmangels oft sehr lange. Dadurch entstehen den Bewerbern oft beträchtliche Mehrkosten. Es ist erfreulich, daß sich manche Beamte einsichtig zeigen und den Bauwerbern Gelegenheit geben, Schreivarbeiten selbst zu erledigen.

Begrüßenswert ist die Erweiterung des Vorrangstraßennetzes, weil viele Autofahrer noch immer so fahren, als hätten alle Schienenstraßen Vorrang. Auch das fahrbare Labor zur Kontrolle der Straßendecken bedeutet einen Fortschritt, doch müßten nun auch die festgestellten Schäden rasch behoben werden, ehe sie größer werden.

GR. Matza erinnert daran, daß er wiederholt die mangelnde Sichtbarkeit mancher Verkehrsampeln kritisiert habe. Es ist erfreulich, daß für 1972 die zweimalige Reinigung aller Ampeln und mehr Sichtblenden vorgesehen sind. Vielleicht könnte auch ein erschwingliches Gerät entwickelt werden, das die Leuchtkraft der Ampeln entsprechend den Lichtverhältnissen ändert. Das Fehlen von großen Parkplätzen bei Haltestellen öffentlicher Verkehrsmittel in den Außenbezirken und der Mangel an Parkgaragen um die Innenbezirke hat die Überfüllung der vorhandenen Parkplätze zur Folge, Warenzustellung und -abholung muß oft von der zweiten oder dritten Spur aus erfolgen, was die Produktivität senkt und somit die Kosten erhöht. Mit Parkgebühren, Park- und Halteverböten kann man das Problem nicht lösen, weil sie keine zusätzlichen Parkplätze schaffen. Es gibt überhaupt zu wenig Transparenz in der Verkehrsplanung. Umleitungen werden oft zu wenig überlegt und es kommt dann zu Umleitungen in der Umleitung. Die Verkehrsstauungen, die aus allen diesen Gründen entstehen, erhöhen die Unfallgefahr und verursachen eine stärkere Verunreinigung der Luft.

./.

GR. Brosch (SPÖ) wies auf die große Bedeutung der Geschäftsgruppe IX für die Fragen des Umweltschutzes hin. Er hob hervor, daß die Magistratsabteilung 25 durch ihre Prüftätigkeit den Mietern in Wien im Jahr 34 Millionen Schilling erspart und bat sodann, die Baupolizei möge noch mehr zur Beseitigung sanitätswidriger Zustände bei den Wohngelegenheiten für Gastarbeiterunternehmen.

Bei der Abfassung des Altstadterhaltungsgesetzes möge man zudem so vorgehen, daß auch die inneren Bezirke lebenswert bleiben, meinte Brosch.

Der Redner lobte übrigens noch die gute Beleuchtung auf den Wiener Straßen sowie die Städtische Prüf- und Versuchsanstalt. Was die Friedhöfe angehe, so seien die Neuerungen der letzten Jahre von der Bevölkerung positiv aufgenommen worden. Dazu gehöre auch der Autobus im Zentralfriedhof.

In ihrem Schlußwort bekannte sich Stadträtin Doktor Maria Schaumayer zu dem Grundsatz "Mehr Licht - mehr Sicherheit". Sicherlich gebe ein gut beleuchteter Heimweg am Abend dem Bürger besonders am Stadtbrand ein beruhigendes Gefühl. Dabei sei allerdings immer darauf zu achten, daß die Wohnbevölkerung nicht durch Blendwirkungen belästigt werde.

Mit großer Entschiedenheit sagte die Stadträtin dem Vandalismus den Kampf an, der sich besonders gegen Beleuchtungskörper richtet. Hier habe es in einigen extremen Fällen sogar schon ein Preisschießen auf neue Beleuchtungskörper gegeben.

Hinsichtlich der zu verwendenden Masten sei derzeit ein Professor der Technischen Hochschule mit statischen Berechnungen beschäftigt. Das Ergebnis - zusammen mit den Überlegungen innerhalb der Magistratsabteilung 33 - werde zur Verwendung schlanker Masten als bisher führen.

Verkehrssampeln: Auch die perfektsten Signalanlagen können Fehler im Straßenbau nicht korrigieren und es dem Autofahrer nicht abnehmen, diszipliniert zu fahren.

Friedhofsautobus: Die verlangte Flexibilität. Seit voriger Woche wird entsprechend der Jahreszeit der Betrieb erst um 9 Uhr aufgenommen.

Südwest-Friedhof: Das Wettbewerbsergebnis wird derzeit in der Friedhofsverwaltung zur Ausarbeitung eines formellen Antrages durchgearbeitet. Für die Feuerbestattung wird Vorsorge getroffen werden.

EDV in der Friedhofsverwaltung: Ihre Realisierung erscheint fast unmöglich, weil zum Beispiel fast niemand daran denkt, eine Adressenänderung auch der Friedhofsverwaltung mitzuteilen.

Baupolizei: Es gibt tatsächlich große personelle Probleme. Es wurden Vorkehrungen getroffen, um in Überstunden Rückstände aufzuarbeiten, außerdem gibt es weitere Bemühungen um Rationalisierungen und um die Uniformierung von Formularen.

Lieferverkehr: 1971 wurden 613 neue Ladezonen verordnet. Trotzdem muß das Problem neu überlegt werden, vor allem im Zusammenhang mit den Fußgeherzonen, in denen der Lieferverkehr Vorrang genießen muß.

Umleitungen: Die Möglichkeiten der Magistratsabteilung 46 enden dort, wo keine geeigneten Ausweichstrecken vorhanden sind.

Schulwegsicherung gehört in die Kompetenz der Polizei. In der kommenden vierten Novelle zur Straßenverkehrsordnung wird ein neuer Weg zur Lösung dieses sehr dringlichen Problems gesucht.

Öffentliche Uhren: Mit der Funksteuerung wurde technisches Neuland betreten. Der Einsatz großer Mittel ist nicht vertretbar, solange nicht gesichert ist, daß der richtige Weg beschrritten wurde. Ab 1973 werden jedoch wesentlich höhere Mittel nötig sein.

Rathausplatz: Die Stadträtin bekannte sich zur Meinungsverschiedenheit mit Bürgermeister Slavik in dieser Frage. Es sei unverantwortlich, eine so große Fläche dem ruhenden Verkehr zu entziehen, ohne daß dort die Fußgeher zu sehen seien, die der Bürgermeister offenbar erwartet habe. (Zwischenruf Bgm. Slavik: Sie sehen Sie nicht, weil Sie Ihr Fenster auf der falschen Seite haben) Trotz Weihnachtsbaum und Gewista-Ausstellung, also echter Attraktionen, seien auch jetzt nicht mehr Fußgeher dort, als auf den Gehsteigen Platz haben. Es sei also eine Fehlentscheidung des Bürgermeisters gewesen. Zu dieser Entscheidung war er allerdings laut Verfassung ermächtigt.

Friedhofsreinigung: Zwei Tage vor den Totengedenktagen waren alle Abfallbehälter leer, ab Allerheiligen wurden sie täglich gereinigt. Die Abfallbeseitigung auf den Friedhöfen ist trotz aller Bemühungen ein internationales Problem. ./.

Abstimmung: mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP angenommen.

Der FPÖ-Antrag auf Erhöhung der Mittel für öffentliche Uhren wurde von SPÖ, ÖVP und DFP abgelehnt. Der FPÖ-Antrag bezüglich der Sauberkeit auf den Friedhöfen wurde einstimmig dem zuständigen Ausschuß zugewiesen.

Die Budgetdebatte im Wiener Rathaus wird morgen, Mittwoch, mit dem Referat von Stadtrat Dkfm. Alfred Hintschig (Liegenschafts- und Zivilrechtswesen; verschiedene Angelegenheiten) fortgesetzt. Nach der Debatte darüber wird die Geschäftsgruppe XI (Wohnungswesen - Referent Stadtrat Reinhold Suttner) behandelt.

(Ende des Sitzungsberichtes)

- - -

jubilaeumspreisverteilung "wien im blumenschmuck":

1.800 blumenfreunde machten mit  
18.000 baume heuer in wien neu gepflanzt

11 wien, 14.12. (rk) insgesamt 1.800 blumenfreunde (1970: 1.710) haben sich heuer am wettbewerb "wien im blumenschmuck" beteiligt. die bezirke meidling, floridsdorf und donaustadt waren dabei am staerksten vertreten. buergermeister felix s l a v i k nahm montag abend im mit blumen dekorierten festsaal des wiener rathauses im beisein der stadtraete kurt h e l l e r und otto p e l z e l m a y e r die preisverteilung vor.

da es sich um eine jubilaeumsveranstaltung handelte - der wettbewerb wurde heuer zum 20. mal durchgefuehrt -, wurde sie durch die kuenstlerische mitwirkung der publikumsliebliche elfriede o t t , heinz c o n r a d s und des operetten-saengers heribert r o n g e besonders festlich gestaltet. es spielte das konzertorchester franz b i l e c k , die conference hatte willy k r a l i k .

die stadtverwaltung hatte fuer praemierte hausgemeinschaften und firmen insgesamt 47 goldene, silberne und bronzene ehrenplaketten sowie 4 vierfachdukaten fuer einzelteilnehmer bereitgestellt. dazu kamen 550 gruenpflanzen und 17 fachbuecher.

die oesterreichische gartenbaugesellschaft, die in zusammenarbeit mit der stadt wien den wettbewerb organisiert, stellte 100 abonnements des "gartenmagazins fuer alle" zur verfuegung. der praesident der gartenbaugesellschaft, kommercialrat oekonomierat rudolf s c h w a r z r o c k fungierte als preisverteiler.

schliesslich stellte sich auch die wiener landwirtschaftskammer mit ihrem praesidenten gemeinderat kommercialrat josef j e d l e t z b e r g e r mit je einer goldenen, einer silbernen und bronzenen rose als wanderpreise an firmen sowie mit einer vase und 6 fachbuechern fuer einzelteilnehmer ein.

bevor die spitzenpreise durch buergermeister s l a v i k verliehen wurden, gab der fuer das staedtische gartenwesen verantwortliche tiefbaustadtrat h e l l e r einen umfassenden ueberblick ueber die gruenflaechenbilanz des heurigen jahres:

./.

18.000 laub- und nadelbaeume, 100.000 straeucher und 20.000 rosen wurden unter anderem neu gepflanzt. dazu kamen 150 neugartenbaenke und 1.700 gartenbaenke wurden instandgesetzt. fuer 32,5 millionen schilling wurden 22 neue gartenanlagen mit einer flaeche von 170.000 quadratmeter fertiggestellt. weitere 16 gartenanlagen (100.000 quadratmeter) befinden sich in arbeit. dazu kommen noch die grossinvestitionen fuer die wig 74. ~~derzeit~~ betreut das wiener stadtgartenamt 19,7 millionen quadratmeter oeffentliche gruenflaechen (1970: 19,2 millionen), wobei die staedtischen wohnhausgaerten eingeschlossen sind. fuer 1972 werden fuer die erhaltung und neuanlage oeffentlicher gruenflaechen fast 340 millionen schilling bereitgestellt, hob stadtrat heller hervor.

der stadtrat schilderte ausfuehrlich den ablauf des wettbewerbs, fuer den die stadt wien 100.000 schilling zur verfuegung gestellt hat. er teilte auch mit, dass im einvernehmen mit stadtschulratspraesident dr. s c h n e l l wieder ein aufsatzwettbewerb durchgefuehrt wurde, an dem sich 64 schueler aus 70 schulen beteiligt hatten.

buergenmeister slavik unterstrich in seiner ansprache die bedeutung der gruenflaechenpolitik unter dem aspekt des umweltschutzes. er nannte auch die uebrigen grossen initiativen, die unseren lebensraum gesund erhalten sollen: staendige kontrolle der luftreinheit, bau einer grossklaeranlage und ausbau des fernwaermenetzes, absoluter hochwasserschutz und wig 74. wie sehr es der stadtverwaltung ernst damit sei - trotz mancher verkehrsbedingter opfer in den inneren bezirken - den baumbestand zu vermehren, zeigen folgende zahlen: innerhalb der letzten drei jahre wurden 34.000 baeume und 280.000 straeucher neu gepflanzt. der buergenmeister appellierte schliesslich an die bevoelkerung, mitzuhelfen, die stadt in ordnung zu halten und mutwillige zerstoerung in gartenanlagen zu verhindern. er ersuchte auch um geduld, wenn die realisierung der grossen bauvorhaben manche unbequemlichkeiten mit sich bringe. versaeumnisse frueherer jahrzehnte muessten heute, da wien eine bedeutende wirtschaftliche kraft erreicht hat, nachgeholt werden.

## schweinehauptmarkt vom 14. dezember

28 wien, 14.12. (rk) unverkauft vom vormarkt: 0, neuzufuhr in-land: 2193, davon 4 durchlaeufer. gesamtantrieb dasselbe. verkauft alles.

preise: extrem 18.10 bis 18.30, 1. qualitaet 17.20 bis 18, 2. qualitaet 16.50 bis 17.10, 3. qualitaet 15.50 bis 16.40, zuchten extrem 14 bis 14.50, zuchten 13 bis 13.80, altschneider 10.50 bis 11.20.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schweine ermaessigte sich um 21 groschen und betraegt 17.26 je kilogramm. aussermarkt-bezuege in der zeit vom 10. bis 14. dezember (ohne direktein-bringung): 0.

auftrieb im auslandsschlachthof (laut mitteilung des veterinaer-amtes der stadt wien): bulgarien 100, rumaenien 201, ungar 488, ddr 583, zum preis von 14.30 bis 16.50.

## pferdehauptmarkt vom 14. dezember

29 wien, 14.12. (rk) auftrieb: 9 stueck, davon 1 fohlen, herkunft: oberoesterreich 1, niederoesterreich 4, burgenland 4. verkauft als schlachttiere 3, unverkauft 6.

notierungen: schlachttiere: fohlen 18, pferde 2. qualitaet 8.50.

der durchschnittspreis fuer inlaendische schlachtpferde erhoehrte sich um 1.55 schilling je kilogramm. durchschnittspreis fuer schlachtpferde 8.75, schlachtfohlen 18, pferde und fohlen 11.83.  
1631

## schwerer unfall auf der stadtbahn

30 wien, 14.12. (rk) in der naeche der stadtbahnstation meidling hauptstrasse wurden zwei maenner von einem stadtbahnzug niedergestossen. der eine starb noch an der unfallstelle, der andere wurde mit lebensgefaherlichen verletzungen ins krankenhaus gebracht.

die beiden verunglueckten sind arbeiter einer privaten baufirma, die auf dem weg zu ihrer arbeitsstelle unberechtigt ueber die stadtbahngleise gingen. unterhalb der lobkowitzbruecke wurden sie um 12.35 uhr von einem stadtauswaerts fahrenden zug der linie g erfasst. der fahrer des zuges, der aus dem tageslicht ins dunkel der unterfuehrung kam, hatte die beiden erst im letzten augenblick bemerkt und konnte nicht mehr rechtzeitig bremsen. der 59jaehrige georg s a u c r aus neckenmarkt im burgenland war auf der stelle tot, der 20jaehrige josef w e c e r a aus wien 19, barawitzkagasse 8 erlitt schwerste verletzungen.

die beiden arbeiter waren bei gleisbauarbeiten beschaeftigt und auf dem weg zu ihrer arbeitsstelle. dabei haetten sie natuerlich nicht den gleiskoerper betreten duerfen. nach aussage des fahrers standen sie tief gebueckt auf dem gloiskoerper, als suchten sie dort etwas, und waren deshalb besonders schlecht zu sehen.

der zug wurde zur technischen ueberpruefung eingezogen, doch konnten keine maengel festgestellt werden. der verkehr zwischen den stationen gumpendorfer strasse und meidlinger hauptstrasse war 75 minuten unterbrochen. so weit als moeglich wurde ~~ab und zu~~ zwischen diesen beiden stationen ein pöndelverkehr durchgefuehrt.

## neue ampeln gehen in betrieb

15 wien, 14.12. (rk) freitag nachmittag wird im bereich heiligenstaedter bruecke - lorenz mueller-gasse - brigittenauer laende eine nunmehr mit dreiphasen-regelung ausgestattete lichtsignalanlage in betrieb genommen. diese verbesserung bringt gegenueber der bisherigen zweiphasen-regelung fuer die linksabbieger von der heiligenstaedter bruecke in richtung brigittenauer laende eine eigene gruenphase. gleichzeitig wurden fussgaengersignale installiert.

auf dem graesslplatz wird montag vormittag eine mit der anlage gudrunstrasse - absberggasse koordinierte verkehrslightsignalanlage eingeschaltet.

## ampel johannessgasse/schellinggasse

der errichtung einer koordinierten lightsignalanlage an der kreuzung johannessgasse/schellinggasse im 1. bezirk sowie einer automatischen anlage im bereich floridsdorfer bruecke/hubertusdamm stimmte der baubehoerdliche gemeinderatsausschuss nun zu.

1227

## grinzings altstadtleuchten werden vor weihnachten erstrahlen

16 wien, 14.12. (rk) die attraktivitaet des alten ortskerns von grinzing soll - wie bereits mehrfach berichtet - durch 54 altstadtleuchten a la englische gaslaterne, teils als kandelaber, teils als wandleuchten, gehoben werden. wie stadtraetin dr. maria schaumayer mitteilte, werden heute, dienstag, die ersten 16 leuchten entzuendet. wenn es die witterung zulaesst, soll bis weihnachten noch ein grossteil der fuer grinzing vorgesehenen altstadtleuchten im milden, gelblichen licht erstrahlen.

1231

## franz glawatsch zum gedenken

20 wien, 14.12. (rk) auf den 16. dezember faellt der 100. geburtstag des schauspielers franz g l a w a t s c h , der 1871 in graz als sohn eines tischlermeisters geboren wurde.

er sollte buchdrucker werden, schrieb aber nebenbei kleine artikel fuer die grazer tagespost und beteiligte sich an privaten theaterauffuehrungen. 1894 ging er als jugendlicher gesangskomiker und liebhaber endgueltig zur buehne. in budweis feierte er in der operette ''der vogelhaendler'' sein debuet, ging von dort nach marburg und schliesslich in seine heimatstadt graz, wo er vier jahre lang wirkte. sein freund alexander girardi, wie glawatsch gleichfalls aus graz stammend, brachte in 1901 an das wiener carl-theater. in wien beginnt glawatsch's grosser aufstieg. er wurde, obwohl grazer, der typ des gemuetlichen ''ur-wieners''. seine grosse behebige gestalt strahlte lebenslust und heiterkeit aus. eine grosse anzahl von operettenrollen hat glawatsch dargestellt. so ist der vater tschoell in bertés ''dreimaederlhaus'' seine bekannteste figur geworden und der grosse erfolg dieser operette ist nicht zuletzt ihm zu danken. weiters war glawatsch ein beruehmter zsupan in der straussoperette ''zigeunerbaron'', der oberst ollendorf in milloeckers ''bettelstudent'', der wiener selchermeister in ''auf befehl der herzogin'' und der wiener fiaker puehringer in ''liebeswalzen''. die zahl der von ihm dargestellten operettenfiguren ist in den 35 jahren seiner buhnenetaetigkeit fast unabsehbar gewesen. glawatsch kam vom carl-theater an das theater an der wien, schliesslich an das raimundtheater. diesem theater ist er treu geblieben, abgesehen von einigen auslandsgastspielen, die ihn durch nord- und sueddeutschland fuehrten. in berlin hat er besonders als zsupan die groessten erfolge gehabt. franz glawatsch litt in den letzten jahren seines lebens an krebs, dem er schon am 21. juni 1928, im alter von 57 jahren erlag. er liegt am hietzinger friedhof begraben.

## franz cizek zum gedenken

21 wien, 14.12. (rk) auf den 17. dezember faellt der todestag des malers und kunsterziehers franz c i z e k , der 1865 in leitmeritz geboren wurde.

1885 inskribierte er an der wiener akademie der bildenden kuenste, wo er sich zum portraet- und genremaler ausbildete. zehn jahre spaeter, 1895, nachdem er sich bereits als maler einen namen gemacht hatte, wandte er sich dem beruf eines mittelschul-zeichnenlehrers zu und in dieser eigenschaft ist er dann auch fuer wien von besonderer bedeutung geworden. schon in jungen jahren hatte cizek mit groesster aufmerksamkeit das triebhafte und eigenartig schoepferische der kindererziehung verfolgt und versucht, die gesetze, nach denen kinder ein bild zeichnen, zu ergruenden. bald sammelte er eine schar kinder um sich, die er ganz frei nach ihrer eigenen phantasie und der ihrem alter angepassten darstellungsmoeglichkeit arbeiten liess. schliesslich richtete er sich 1897 eine private zeichen- und malschule ein, in der er den unterricht nach der vom ihm ergruendeten methode weiterfuehrte. als anerkannter fachmann wurde er 1908 zum inspektor fuer den zeichenunterricht an den staatlich-gewerblichen lehranstalten berufen. nun konnte er massgebenden einfluss auf die heranbildung der zeichenlehrer nehmen: die idee der ''jugendkunstklasse'', als deren begruender er anzusehen ist, brachte ihm anerkennung aus allen europaeischen staaten, aber auch aus amerika. als prof. cizek am 17. 12. 1946 starb, verlor wien mit ihm eine der markantesten persoenlichkeiten auf dem gebiet der kunsterziehung. teile des cizek-nachlasses befinden sich im besitz der stadt wien und werden fallweise in ausstellungen der oeffentlichkeit zugaenglich gemacht.

dienstag, 14 uhr:

19.100 grippefaelle in wien

24 wien, 14.12. (rk) wie gesundheitsstadtrat dr. otto g l u e c k der ''rathaus-korrespondenz'' mitteilt, lagen diensttag nachmittag bis 14 uhr meldungen ueber insgesamt 19.100 grippale infekte in wien vor. allein von gestern auf heute ist bei den erwachsenen die zahl der erkrankungen um 200 gestiegen, bei den schulkindern hat die zahl der krankmeldungen um 50 prozent zugenommen. eine umfrage in wiener schulen hat ergeben, dass sich durchschnittlich 6,4 prozent der wiener schulkinder krankgemeldet haben (einschliesslich anderer erkrankungen).

1505

#### konzertstunde im rathaus

27 wien, 14.12. (rk) in den repraesentationsraeumen des rathauses war buergermeister felix s l a v i k diensttag nachmittag gastgeber bei einer konzertstunde. geladen waren 80 erzieher von staedtischen kinder- und jugendheimen. das programm umfasste zur haelfte klassische musik und zur haelfte wiener operette.

der buergermeister hiess seine gaeste herzlich willkommen, wuenschte ihnen gute unterhaltung und den ausfuehrenden kuenstlern - saemtlich lehrer und schueler des konservatoriums der stadt wien - guten erfolg.

1555

#### bezirksvertretungssitzung in dieser woche

31 wien, 14.12. (rk) morgen findet folgende bezirksvertretungssitzung statt:

mittwoch, 15. dezember, 17 uhr: alsergrund, 9, waehringer strasse 43, sitzungssaal.

1744

## studentendelegation beim buergermeister

32 wien, 14.12. (rk) eine abordnung der oesterreichischen hochschueler unter der fuehrung ihres vorsitzenden ernst streeruwitz wurde diensttag nachmittag von buergermeister felix s l a v i k im wiener rathaus empfangen. an der diskussion, die um fragen des umweltschutzes und um die einfuehrung des sogenannten null-tarifes ging, nahmen auch finanzstadtrat otto s c h w e d a und stadtwerte-stadtrat franz n e k u l a teil.

ergebnis des mehr als einstuendigen gespraeches: buergermeister slavik erklaerte sich bereit, in regelmaessigen abstaenden fragen und anliegen der wiener studenten zu eroertern. es wurde vereinbart, bereits im jaenner zu weiteren gespraechen zusammenzukommen. von stadtrat schweda wurde hervorgehoben, dass eine expertenkommission das gesamte tarifsystem der verkehrsbetriebe in allen zusammenhaengen untersuchen werde und dass dabei natuerlich auch die frage des sogenannten nulltarifes genau ueberprueft werden wird. derzeit ist jedoch ein nulltarif volkswirtschaftlich nicht moeglich. stadtrat nekula hob als beitrag der stadtwerte zum umweltschutz die steigende zahl von elektrizitaets- und gasheizungen in wien hervor. ausserdem werden die staedtischen autobusse bereits 1973 den strengen bestimmungen des 'california-testes' entsprechen. buergermeister slavik teilte im verlauf des gespraeches mit, dass er der handelskammer vorschlagen werde, die fussgeherzone in der innenstadt vorlaeufig bis 31. maerz zu verlaengern. eine ausdehnung auf die gesamte innenstadt sei wegen der grossen zahl von betrieben, die davon betroffen wuerden, auf lange sicht hinaus nicht moeglich.

die studenten nahmen die zusage des buergermeisters nach weiteren gespraechen mit dank zur kenntnis, behielten sich jedoch weitere aktionen gegen den neuen strassenbahnfahrpreis vor.